

Mediationsordnung (Verfahrensordnung Mediation)

**Bundesverband Mediation in Wirtschaft
und Arbeitswelt e.V.**

BMWA

Stand: 24. Februar 2002

Geschäftsstelle:
Welserstrasse 9
86368 Gersthofen
Telefon 0821-
58864366
Fax 0821-589 12 98
E-Mail:
info@bmwa.de

Präambel

Der BMWA e.V. stellt die nachfolgende Mediationsordnung den Beteiligten in Wirtschaft und Arbeitswelt als Regelwerk der außergerichtlichen, einvernehmlichen Streitbeilegung zur Verfügung. Es wird empfohlen, die Mediationsordnung bereits vor dem Eintritt eines Konflikts zu vereinbaren.

1. Anwendungsbereich

- 1.1. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten einer Mediation bestimmen sich nach dieser Verfahrensordnung, wenn ihre Geltung vereinbart ist.¹
- 1.2. Es findet die bei Beginn der Mediation aktuelle Fassung Anwendung, sofern die Beteiligten nichts abweichendes bestimmt haben.²

2. Grundprinzipien der Mediation

- 2.1. Die Mediation wird vom Mediator bzw. der Mediatorin (im weiteren: der Mediator) gemäß den Bestimmungen dieser Verfahrensordnung sowie ergänzend den Richtlinien des BMWA geleitet und im Benehmen mit den Beteiligten gestaltet. Aufgabe des Mediators ist die Förderung kooperativer Verhandlungen der Beteiligten. Er unterstützt sie darin, eine allseits wertschöpfende Lösung des Konflikts zu finden, die aus der Sicht jedes Beteiligten besser ist, als die jeweiligen Handlungsalternativen.
- 2.2. Der Mediator agiert neutral und allparteilich im Interesse der Beteiligten, ohne an Weisungen gebunden zu sein.
- 2.3. Als Mediator ist ausgeschlossen, wer eine der Parteien in derselben Angelegenheit vor Beginn des Verfahrens beraten oder vertreten hat. Der Mediator klärt die Beteiligten zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt über alle Umstände auf, die seine Neutralität und Allparteilichkeit auch nur möglicherweise in Frage stellen könnten. Diese Verpflichtung gilt entsprechend für später eintretende Umstände. Auch nach Beendigung der Mediation ist eine einseitige Beratung oder Vertretung in der gleichen Angelegenheit ausgeschlossen.
- 2.4. Die Beteiligten sind sich darin einig, daß der Mediator nicht mit der Entscheidung des Konflikts oder der parteilichen Erteilung von Rechtsrat beauftragt ist.

3. Verfahren

- 3.1. Beginn der Mediation im Sinne dieser Verfahrensordnung ist der Tag des Ersuchens einer Konfliktpartei an den BMWA oder einen weiteren Beteiligten, daß eine Mediation stattfinden soll.
- 3.2. Der Mediator stimmt mit den Beteiligten Zeit und Ort der Mediationsgespräche ab. Er erstellt nach Möglichkeit einen Zeitplan. Es findet mindestens eine gemeinsame Unterredung statt, sofern nicht eine Seite deren Zustande-

- kommen treuwidrig vereitelt, worüber im Zweifel der Mediator nach billigem Ermessen verbindlich befindet. Auf den in Ziffer 6 enthaltenen Ausschluß von Gerichtsverfahren bis zur Beendigung des Mediationsverfahrens wird ausdrücklich hingewiesen.
- 3.3. Die Mediationssitzungen finden grundsätzlich mit allen Beteiligten statt. Inhaltliche Gespräche des Mediators mit nur einer Seite (sog. caucus) nach dem Beginn der Mediation sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung aller Beteiligten statthaft. Auch vor dem Beginn der Mediation sind Einzelgespräche nur im Hinblick auf die Aufnahme einer Mediation und zur Erläuterung ihrer Grundprinzipien zulässig.
 - 3.4. Finden Einzelgespräche statt, sind sämtliche den übrigen Beteiligten in der Mediation noch nicht offenbarten Informationen vom Mediator vertraulich zu behandeln, es sei denn, die betreffende Partei bestimmt eindeutig deren offene Verwendbarkeit.
 - 3.5. Die Beteiligten nehmen grundsätzlich persönlich an den Sitzungen teil. Bei juristischen Personen erscheinen Vertretungsberechtigte, die mit dem Konflikt vertraut sind und deren Vertretungsmacht eine einvernehmliche Konfliktbeendigung ermöglicht. Rechtsanwälte und andere Berater können beigezogen werden.
 - 3.6. Ein offizielles Protokoll der Mediationssitzungen wird nicht geführt. Die Verhandlungssprache ist Deutsch, sofern nicht abweichend vereinbart.

4. Vertraulichkeit

- 4.1. Der Mediator ist Dritten gegenüber hinsichtlich aller Umstände, die ihm in seiner Funktion bekannt geworden sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Der Mediator darf auch von keinem Beteiligten in einem späteren Rechtsstreit oder Schiedsverfahren als Zeuge benannt werden.
- 4.2. Eine Entbindung von diesen Beschränkungen kann nur durch sämtliche Beteiligten erfolgen. Die Nichtentbindung kann von keiner Seite als Beweisverweigerung geltend gemacht werden. Auch nach einer allseitigen Entbindung von der Schweigepflicht steht es dem Mediator zum Schutze seines Selbstverständnisses frei, eine Aussage zu verweigern.
- 4.3. Die Teilnahme an einer Mediation soll die Position jedes Beteiligten in Bezug auf Informationen und Beweismittel weder verbessern noch verschlechtern. Informationen, die den Beteiligten erstmalig im Rahmen des Mediationsverfahrens bekannt geworden sind, dürfen daher nicht in einen Rechtsstreit oder ein Schiedsverfahren eingeführt werden. Die Einführung ist gleichwohl zulässig, wenn das Beweismittel auch ohne die Teilnahme am Mediationsverfahren bekannt geworden wäre.
- 4.4. Hinsichtlich dieser ausgeschlossenen Tatsachen dürfen die Vertreter, Angestellten und Mitarbeiter der Beteiligten sowie alle weiteren Mediationsteilnehmer (z.B. Sachverständige) von keiner Partei in einem späteren Rechts-

- streit oder Schiedsverfahren als Zeugen benannt werden. Anträge auf Parteivernehmung sind gleichfalls unstatthaft.
- 4.5. Beweismittel, die den Beteiligten erstmalig im Rahmen des Mediationsverfahrens bekannt geworden sind, dürfen ebenfalls grundsätzlich nicht in einen Rechtsstreit oder ein Schiedsverfahren eingeführt werden. Die Einführung ist gleichwohl zulässig, wenn das Beweismittel auch ohne die Teilnahme am Mediationsverfahren bekannt geworden wäre.
 - 4.6. Für Streitigkeiten über die Frage, ob eine Tatsache oder ein Beweismittel in der Mediation erstmalig bekannt geworden ist, gelten die in Ziffer 4.4 geregelten Beschränkungen nicht.
 - 4.7. Die Beteiligten erkennen an, daß zwingende, insbesondere strafrechtliche Vorschriften, den vorstehenden Bestimmungen unter Umständen vorgehen können.
 - 4.8. Der Mediator darf vorbehaltlich einer abweichenden Vereinbarung der Parteien zum Zwecke der Supervision sowie zur Unterrichtung der mediation-sinteressierten Öffentlichkeit über die Mediation in anonymisierter Form berichten. Der Rückschluß auf die konkreten Beteiligten muß in jedem Falle ausgeschlossen sein. Gegenüber dem BMWA berichtet der Mediator für statistische Zwecke über die Verfahrensdauer, die Art der Verfahrensbeendigung und den wirtschaftlichen Wert der gegenständlichen Streitigkeit.

5. Verfahrensbeendigung

- 5.1. Die Mediation kann nach der ersten Mediationssitzung jederzeit durch einen der Beteiligten sowie vom Mediator selbst für beendet erklärt werden. Ein Abbruch der Mediation soll begründet werden, ein dahingehender Anspruch besteht gleichwohl nicht. Die Beendigungserklärung eines Konfliktbeteiligten muß gegenüber allen weiteren Konfliktparteien sowie dem Mediator erfolgen. Eine Verfahrensbeendigung durch den Mediator erfolgt gegenüber allen Konfliktbeteiligten. Innerhalb einer Mediationssitzung kann die Erklärung mündlich erfolgen; außerhalb dessen ist Schriftform im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches oder ein Telefax erforderlich.
- 5.2. Eine mündlich erklärte Verfahrensbeendigung wird vom Mediator unter Angabe des Tages der Beendigung schriftlich an die Konfliktparteien bestätigt.
- 5.3. Die bis zum Abbruch entstandenen Vergütungsansprüche des Mediators bleiben durch die Beendigung der Mediation unberührt. Dies gilt auch dann, wenn der Mediator selbst die Beendigung des Verfahrens erklärt.
- 5.4. Das Mediationsergebnis sowie einzelne Teilergebnisse - gleich welcher Art - sind grundsätzlich nur verbindlich, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Die Paraphierung von Eckdaten oder die Aufzeichnung von Grundzügen einer Einigung sind keine schriftlichen Vereinbarungen in diesem Sinne. Die Beteiligten können durch ausdrückliche, eindeutige Abmachung eine abweichende Regelung treffen.

6. Gerichtsverfahren

- 6.1. Die Beteiligten erkennen an, daß die Einleitung eines Gerichtsverfahrens den Erfolg der Mediation gefährden kann. Sie sind sich daher einig, daß die Klagbarkeit konfliktgegenständlicher Ansprüche schon durch die Vereinbarung dieser Verfahrensordnung bis zur Beendigung der Mediation ausgeschlossen ist.
- 6.2. Die Einleitung eines gerichtlichen Eilverfahrens bleibt insoweit möglich, als dies zur Rechtswahrung unabweisbar geboten ist.
- 6.3. Soweit der Ablauf gesetzlicher Ausschlußfristen zu einem Rechtsverlust führen würde, ist auch die Einleitung ordentlicher Gerichtsverfahren zulässig (z.B. § 246 I AktG). Gleichfalls nicht ausgeschlossen sind kraft Gesetzes zwingende Schlichtungsverfahren (z.B. § 15 a EGZPO).
- 6.4. Die Konfliktparteien und der Mediator sind von Maßnahmen nach dieser Ziffer 6 vor deren Einleitung zu informieren.

7. Verjährung

- 7.1. Für alle verfahrensgegenständlichen Ansprüche vereinbaren die Konfliktparteien hiermit für den Zeitraum ab dem Beginn der Mediation bis einschließlich drei Monate nach deren Ende die Hemmung der Verjährung.
- 7.2. Dies gilt nicht, wenn Verjährung bereits eingetreten ist. Sofern Ansprüche erst im Laufe des Verfahrens einbezogen werden, beginnt die Hemmung mit diesem Zeitpunkt.

8. Vergütung des Mediators

- 8.1. Die Beteiligten treffen mit dem Mediator eine gesonderte, schriftliche Vereinbarung über seine Vergütung (Honorar und Auslagen). Sie orientieren sich dabei an der wirtschaftlichen Bedeutung und der Komplexität des Falles; der Regelstundensatz beträgt danach zwischen € 125.- und € 300.-.
- 8.2. Die Beteiligten tragen die Vergütung des Mediators untereinander jeweils zu gleichen Teilen, soweit sie nicht im Rahmen des Verfahrens eine abweichende Verteilung vereinbaren.
- 8.3. Gegenüber dem Mediator haften die Beteiligten unabhängig von ihren internen Vereinbarungen als Gesamtschuldner.

9. Haftungsbeschränkungen

- 9.1. Der Mediator haftet für einfache Fahrlässigkeit nur bis zu einer Schadenshöhe von 1 Million Euro, soweit Versicherungsschutz im gesetzlich erforderlichen Umfang besteht.

- 9.2. Der BMWA haftet für seine Tätigkeit und die seiner Organe und Beauftragten, insbesondere bei der Benennung und/oder Bestimmung des Mediators, nicht für einfache Fahrlässigkeit.
- 9.3. Die Haftung für grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz bleibt in allen Fällen unberührt.

10. Mediatorenauswahl

- 10.1. Der BMWA unterstützt die Beteiligten, die eine Mediation nach dieser Verfahrensordnung vereinbart haben, bei der Suche nach einem geeigneten Mediator. Auf Ersuchen benennt der Verband daher eine Zahl von maximal 5 Mediatoren, die ihm jeweils zur erfolgreichen Durchführung einer dieser Verfahrensordnung gemäßen Mediation geeignet erscheinen. Der Vorschlag eines Teams von zwei Mediatoren ist ebenfalls zulässig. Die Beteiligten versuchen, sich selbständig auf einen Mediator bzw. ein Mediationsteam zu verständigen.
- 10.2. Können sich die Beteiligten nicht binnen 10 Tagen nach der Bekanntgabe der vorgeschlagenen Mediatoren auf einen Mediator bzw. ein Mediationsteam einigen, bestimmt der BMWA auf Antrag auch nur einer Seite den Mediator bzw. das Mediationsteam mit verbindlicher Wirkung für alle Beteiligten. Die Entscheidung zwischen einer Einzelmediation und einer Teammediation liegt im Ermessen des Verbands. Bereits vorgeschlagene, aber von einer Seite abgelehnte Mediatoren sind ausgeschlossen.
- 10.3. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für den Austausch eines von allen Beteiligten abgelehnten Mediators oder Mediationsteams entsprechend.
- 10.4. Konfliktparteien, die die vorstehende Mediationsunterstützung durch den BMWA wünschen, stellen folgende Informationen zur Verfügung:
 - 10.4.1. Name, Anschrift, gesetzlicher und/oder anwaltlicher Vertreter jeder Konfliktpartei einschließlich der Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon, e-mail etc.),
 - 10.4.2. Auskunft, ob diese Verfahrensordnung vereinbart ist oder sonst eine Mediationsvereinbarung getroffen wurde,
 - 10.4.3. Eine kurze Darstellung des Konfliktgegenstands.
- 10.5. Der BMWA setzt die benannten weiteren Beteiligten über die Tatsache seiner Einschaltung, den Tag des Ersuchens sowie die vorstehenden Informationen unverzüglich in Kenntnis.
- 10.6. Eine Kontaktaufnahme mit dem BMWA über das Internet (www.bmwa.de) oder über e-mail (info@bmwa.de) ist möglich.
- 10.7. Die Tätigkeit des BMWA löst Gebühren gemäß Ziffer 12 aus.

11. Allgemeine Mediationsunterstützung

11.1. Auch ohne Vereinbarung dieser Verfahrensordnung benennt der BMWA Mediatoren, die ihm zur erfolgreichen Durchführung einer Mediation geeignet erscheinen. Es wird gebeten, die in Ziffer 10.4 angeführten Informationen zu übermitteln.

11.2. Die Tätigkeit des BMWA löst Gebühren gemäß Ziffer 12 aus.

12. Gebühren des BMWA

12.1. Für seine Tätigkeit nach den Ziffern 10 und 11 erhält der BMWA den in der Gebührenordnung (Anlage) bestimmten Betrag, der mit der Mediationsanfrage oder dem sonstigen Ersuchen nach der Aktivität des Verbands fällig ist.

12.2. Die Tätigkeit kann ganz oder teilweise davon abhängig gemacht werden, daß dieser Betrag bezahlt ist.

13. Schlußbestimmungen

13.1. Es steht den Beteiligten frei, von den Bestimmungen dieser Verfahrensordnung abweichende Vereinbarungen zu treffen. Diese sind grundsätzlich nur dann gültig, wenn sie schriftlich erfolgen.

13.2. Bei Vereinbarung dieser Verfahrensordnung nach dem Eintritt eines Konflikts treten die in dieser Verfahrensordnung geregelten Rechtswirkungen von Handlungen und Ereignissen, die bereits zurückliegen, im Zeitpunkt der Vereinbarung ein. Eine Rückwirkung findet nicht statt.

13.3. Sollte eine Bestimmung dieser Verfahrensordnung unwirksam sein, bleiben die anderen Regelungen dennoch wirksam. An Stelle der unwirksamen Bestimmung gilt die gesetzlich zulässige Regelung als vereinbart, die der Zielsetzung der nichtigen Bestimmung am nächsten kommt.

13.4. Die Regelungen für einen Einzelmediator finden bei Einsatz eines Mediationsteams auf jeden der Mediatoren Anwendung.

13.5. Diese Verfahrensordnung unterliegt deutschem Recht.

München, den 24. Februar 2002

Bundesverband Mediation in Wirtschaft und Arbeitswelt e.V.

- Der Vorstand -